



Wortprotokoll

über die 25. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 18. Mai 2022

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeisterin

Habenschaden

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 18. Mai 2022

- Oberbürgermeister Reiter
- 2. Bürgermeisterin Habenschaden
- 3. Bürgermeisterin Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs,
StRin Dr. Gerstenkorn, StRin Gökmenoğlu, StRin Greif,
StRin Hanusch, StR Krause, StRin Langmeier, StRin Lüttig,
StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StRin Post,
StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Schreyer, StR Smolka,
StRin Stöhr, StR Süß, StR Weisenburger;

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StRin Burkhardt, StR Dzeba,
StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm,
StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges,
StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schall, StR Schmid,
StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss;

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Hefter, StRin Hübner, StR Köning,
StRin Likus, StR Mentrup, StR Müller, StR Naz, StRin Odell,
StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel,
StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StR Vorländer,
StRin Wenngatz;

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill;

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth;

DIE LINKE.:

StR Jagel, StR Lechner (parteilos); StRin Wolf;

ÖDP:

StR Ruff;

FREIE WÄHLER:

StR Mehling, StR Schabl;

BAYERNPARTEI:

StR Progl;

München-Liste:

StR Höpner;

Die PARTEI:

StRin Burneleit;

Rosa Liste:

StR Niederbühl;

Volt:

---;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Stellv. Referent	Kapp
Bfm. StR	Biebl
Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StR	Bönig
Bfm. StR	Dr. Dietrich
Bfm. StR	Dunkel
Bfm. StRin	Frank
Stadtkämmerer	Frey
Stellv. Referent	Schnabel
Stadtschulrat	Kraus
Bfm. StRin	Kugler
Stellv. Referentin	Charlier
Bfm. StRin	Schiwy
Bfm. StRin	Zurek

Inhaltsverzeichnis

Vor Eintritt in die Tagesordnung.....	7
OB Reiter:.....	7
Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Juli 2021 bis Dezember 2021.....	7
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	8
Trägerkreis Junge Flüchtlinge e.V. - künftige Förderung durch das Sozialreferat.....	8
Informationen zur Auskömmlichkeit der Finanzierung.....	8
Markthallen München (MHM); Finanzielle Erleichterung im Jahr 2021.....	9
StRin Wassill:.....	9
Maßnahmenplan zur Förderung und Etablierung einer Kreislaufwirtschaft im Bausektor.....	10
Novellierung der Satzung über die Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Straßen.....	10
StR Pretzl:.....	10
StR Ruff:.....	10
OB Reiter:.....	11
StRin Dr. Menges:.....	11
Verordnung zur Änderung der Verordnung der Landeshauptstadt München.....	12
OB Reiter:.....	12
Verlängerung der Tram 23, Beteiligung der Öffentlichkeit sicherstellen.....	12
OB Reiter:.....	12
StR Ruff:.....	12
OB Reiter:.....	13
Auswirkungen der Ukraine-Krise.....	14
StR Lechner:.....	14
StRin Nitsche:.....	15
StRin Hübner:.....	16
StRin Wassill:.....	18
StRin Gaßmann:.....	18
Raum für Kunst und Kultur schaffen.....	20
StR Agerer:.....	20
StRin Fuchs:.....	21
StRin Abele:.....	22
StRin Burneleit:.....	23
OB Reiter:.....	24
Bfm. StR Biebl:.....	24
Bfm. StRin Zurek:.....	24
OB Reiter:.....	25
StR Agerer:.....	25

Bfm. StRin Frank:.....	25
OB Reiter:.....	25
Sofortprogramm zur sprachlichen Förderung Geflüchteter aus der Ukraine.....	26
StRin Fuchs:.....	26
StR Pretzl:.....	27
OB Reiter:.....	27
StR Lechner:.....	28
StR Naz:.....	29
StRin Wassill:.....	30
OB Reiter:.....	30
StR Pretzl:.....	30
StR Lechner:.....	31
OB Reiter:.....	32
StRin Hübner:.....	32
Bfm. StRin Schiwy:.....	32
Bfm. StR Biebl:.....	33
OB Reiter:.....	34
Auszubildendenwerk, Realisierungsbeschluss.....	35
StR Walbrunn:.....	35
Bfm. StRin Schiwy:.....	35
Schulbauoffensive 2013 - 2030;.....	36
StR Lechner:.....	36
StRin Schönfeld-Knor:.....	37
StRin Berger:.....	38
StRin Burkhardt:.....	39
StRin Neff:.....	40
StSchR Kraus:.....	41
StR Mehling:.....	43
StSchR Kraus:.....	43
OB Reiter:.....	44
Verwaltung fit für mobiles und hybrides Arbeiten.....	45

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:12 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Vor Eintritt in die Tagesordnung

OB Reiter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Referent hat gebeten, TOP B 14 (Anpassung der Sportbeiratssatzung) wegen Klärungsbedarf abzusetzen.

Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Juli 2021 bis Dezember 2021 (Ausschüsse und Vollversammlungen) - § 2 Nr. 24 GeschO -

Aktensammlung Seite 3313

Beschluss:

Nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 1, B 3, B 4, B 5, B 6, B 7, B 8, B 11, B 12, B 13, B 16 und B 21 werden **einstimmig beschlossen.**

(Aktensammlung Seite 3321, 3323, 3325, 3327, 3329, 3331, 3333, 3339, 3341, 3343, 3347 und 3357)

Trägerkreis Junge Flüchtlinge e.V. - künftige Förderung durch das Sozialreferat

Aktensammlung Seite 3337

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag

Informationen zur Auskömmlichkeit der Finanzierung der städtischen Kindertageseinrichtungen in der Münchner Förderformel

Aktensammlung Seite 3349

Der Antrag des Referenten wird in den Ziffern 2, 3 und 4 gegen die Stimmen der AfD **beschlossen.**

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag des Referenten **einstimmig beschlossen.**

**Markthallen München (MHM); Finanzielle Erleichterung im Jahr 2021
für Betriebe mit Freiflächen mit gastronomischer Nutzung
auf dem Satzungsgebiet der Markthallen München
im Sinne einer stadtweiten Gleichbehandlung**

Aktensammlung Seite 3351

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Reduzierung der Gebühren für alle gastronomischen Freiflächen der MHM, analog der vom Stadtrat beschlossenen Sondernutzungsgebührensatzung. Normalerweise ist eine reduzierte Gebühr rechtswidrig, weil diese gegen den Wirtschaftlichkeitsgrundsatz aus Art. 63 der Gemeindeordnung verstößt. Das bedeutet, dass es auch in diesem Fall keine Gleichbehandlung im Unrecht gibt. Wer keinen Anspruch hat, kann sich juristisch nicht darauf berufen, nur weil es der Nachbar hat. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

**Maßnahmenplan zur Förderung und Etablierung einer Kreislaufwirtschaft im Bausektor
(EU-Projekt URGE)**

Aktensammlung Seite 3353

Der Antrag der Referentin wird in den Ziffern 3, 4 und 5 gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin **einstimmig beschlossen**.

**Novellierung der Satzung über die Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Straßen
der Landeshauptstadt München (Sondernutzungsgebührensatzung – SoNuGebS -)
sowie Novellierung der Richtlinien für Sondernutzungen
an den öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt München
(Sondernutzungsrichtlinien - SoNuRL)**

Aktensammlung Seite 3359

StR Pretzl:

Wir würden gerne unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss noch einmal zur Abstimmung stellen.

StR Ruff:

Wir würden unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss ebenfalls noch einmal zur Abstimmung stellen.

Der im Ausschuss gestellte Änderungsantrag von CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER **abgelehnt**.

Der im Ausschuss gestellte Änderungsantrag von ÖDP/München-Liste wird gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste und DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird in den Ziffern 2, 3 und 4 gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI und der AfD **beschlossen**.

Der Antrag des Referenten wird in den Ziffern 5 und 6 gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI, FDP - BAYERNPARTEI und der AfD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag des Referenten **einstimmig beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

OB Reiter:

Die Erklärung von ÖDP/München-Liste lautet wie im Ausschuss.

StRin Dr. Menges:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind für die mit Ökostrom betriebenen Heizstrahler und haben beantragt, diese nicht nur 2022, sondern auch 2023 zu gestatten. Bedauerlicherweise hat das keine Mehrheit gefunden. Danke!

**Verordnung zur Änderung der Verordnung der Landeshauptstadt München
über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen**

Aktensammlung Seite 3361

Beschluss (gegen von DIE LINKE./Die PARTEI):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

OB Reiter:

Die Erklärung von DIE LINKE./Die PARTEI lautet wie im Ausschuss.

**Verlängerung der Tram 23, Beteiligung der Öffentlichkeit sicherstellen
Dringlichkeitsantrag Nr. 2750 von ÖDP/München-Liste und CSU mit FREIE WÄHLER
für die Vollversammlung des Stadtrates am 18.05.2022**

Aktensammlung Seite 3363

OB Reiter:

Zum Dringlichkeitsantrag von ÖDP/München-Liste sagt die Rechtsabteilung, dieser sei objektiv nicht dringlich. Für den ersten Absatz sind wir nicht zuständig und bei den beiden nächsten Absätzen handelt es sich um eine laufende Angelegenheit der Verwaltung. Ich schlage vor, diesen Antrag in der nächsten Sitzung des Mobilitätsausschusses am 1. Juni zu behandeln.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst muss ich ergänzen, dass inzwischen auch die CSU mit FREIE WÄHLER auf dem Antrag steht. Die FDP - BAYERNPARTEI ist auch

dabei, hat es aber nicht mehr auf das Deckblatt geschafft, da der Dringlichkeitsantrag sehr knapp gestellt worden ist.

Sie haben gesagt, der erste Satz liegt nicht in unserer Zuständigkeit. Das ist sachlich falsch. Wenn die Landeshauptstadt die Regierung von Oberbayern zu etwas auffordert, sind nur wir zuständig und niemand anderes.

Zur Formulierung „Die Stadtverwaltung wird beauftragt...“ meinen wir, dass das kein Geschäft der laufenden Verwaltung ist. Der Stadtrat kann die Stadtverwaltung immer mit etwas beauftragen.

Warum ist es dringlich? Das Planfeststellungsverfahren läuft. Es soll zu keinen Verzögerungen kommen und gleichzeitig sollten die gebotene Qualität und die demokratischen und rechtsstaatlichen Standards erfüllt werden. Wir haben erfahren, dass weder der Bezirksausschuss noch die örtlichen Siedlerschaften und die Anwohner über die Öffentlichkeitsphase benachrichtigt wurden. Es braucht viel Geduld, um auf der Website der Regierung von Oberbayern dieses Planfeststellungsverfahren zu finden. Die Stadtwerke München haben auch nicht darauf aufmerksam gemacht. Das ist ein Fehler, der dringend behoben werden muss, um nicht viel Zeit zu verlieren. Es hilft also nicht, diesen Antrag in den Mobilitätsausschuss zu vertagen.

OB Reiter:

In 13 Tagen ist der Mobilitätsausschuss anberaumt.

Dem Antrag Nr. 2750 wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste, CSU mit FREIE WÄHLER und FDP - BAYERNPARTEI **nicht zuerkannt**.

Der Antrag Nr. 2750 ist **nicht erledigt** und wird als regulärer Antrag bearbeitet.

Auswirkungen der Ukraine-Krise

**Ausweitung des Angebots der Kleiderkammer der Diakonia
für Schutzsuchende aus der Ukraine**

**Zusätzliche Mittel für Hospitaliter Dienst/Essensversorgung
des Trinitarions der Templer e. V.**

**Erhöhung der personellen Ausstattung
des Amtes für Wohnen und Migration,
der Bezirkssozialarbeit 0-59 und 60plus,
des Jobcenters München und
der Geschäftsleitung des Sozialreferats**

Personalpool und Inanspruchnahme von Zeitarbeitsfirmen für Akutbedarfe

Aktensammlung Seite 3315

StR Lechner:

Sehr geehrte Bürgermeister*innen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschlüsse zum Thema Ukraine kommen derzeit in einer Taktung, dass man dreimal darauf schauen muss, ob es sich um einen neuen oder alten Beschluss handelt. Hier geht es tatsächlich um einen neuen Beschluss und das ist gut so. Ich möchte mich bedanken, weil hier unter anderem die permanent im Ausnahmezustand arbeitende Verwaltung entlastet werden soll. Wir haben in den letzten Wochen gelernt, der Ukraine-Konflikt wird nicht schnell vorüber sein. Die Probleme werden uns noch lange beschäftigen. Wir müssen die Bereiche entlasten, in denen unsere Mitarbeitenden unter Druck geraten. Insofern ist die Vorlage dringend nötig.

Ich möchte die ersten beiden Punkte herausheben, nämlich die Ausweitung des Angebots der Kleiderkammer und die zusätzlichen Mittel für die Essensangebote. Beide Themen sind besonders wichtig, denn es ist im Windschatten der Krisendebatte bisher untergegangen, dass unsere sozialen Verwerfungen massiv zunehmen. Wir haben eine steigende Inflation und beobachten die Schere, die immer stärker zwischen Arm und Reich auseinanderklafft. Deshalb ist es gut, hier die

soziale Infrastruktur der Stadt zu stärken. Das wird erst einmal temporär angelegt, vieles werden wir aber noch länger benötigen.

Ich weise auf die Dynamiken hin. Das Thema hatten wir schon in diversen Ausschusssitzungen. Viele der Wohlfahrtsverbände, der sozialen Träger oder der anderen externen Beratungsstellen, die wir unterstützen, steht das Wasser bis Oberkante Unterlippe. Man braucht sich keine Illusionen zu machen. Es enden jetzt zwar viele Bedarfe, es werden aber weitere Bedarfe von Dritten hinzukommen. Im Sinne des guten sozialen Zusammenlebens in München sollten wir diese ernst nehmen.

Ein Kritikpunkt von unserer Seite: Wir können zwar nachvollziehen, dass wegen des Fachkräfte- und Personalmangels nach Lösungen gesucht wird und auch, wo temporär zugegriffen werden kann. Grundsätzlich ist Leiharbeit aber nicht wirklich sexy, prickelnd oder für den Arbeitnehmer fördernd. Wir bitten die Verantwortlichen daher, nur dann Leiharbeitskräfte zuzuschalten, wenn es absehbar ist, dass es nicht anders geht. Die bessere Lösung wäre, unser eigenes Personal zu verstärken, um die Mehrarbeit in den Griff zu bekommen. Das Konstrukt der Leiharbeit hat sich leider in unserer Gesellschaft verbreitet. Es schwächt die Rechte der Arbeitnehmer*innen, spielt diese gegeneinander aus und schiebt sie von A nach B, und das meistens am unteren Ende der Lohn-tabelle. Das wollen wir nicht stärken. Es war uns wichtig, diesen Kontext darzustellen. Ansonsten unterstützen wir die Vorlage. Danke schön!

StRin Nitsche:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Sozialausschuss am Donnerstag schon sehr ausführlich über die Belastung und die angespannte Situation im Sozialreferat gesprochen. Um ein paar Beispiele zu nennen: Während der Corona-Pandemie mussten tausende von Masken verpackt, ein Einkaufsservice organisiert, Hygienekonzepte erstellt und Quarantäne-Einrichtungen aufgebaut und betreut werden.

Außerdem muss das Sozialreferat noch die bestehenden Aufgaben erfüllen, z. B. Wohngeldanträge bearbeiten, die durch die Corona-Krise 2020 im Vergleich zu 2019 um 365 % gestiegen sind. Das ist Wahnsinn und lässt sich auf viele andere Bereiche im Sozialreferat übertragen. Das Sozialreferat hat während der Corona-Krise sehr viel geschultert, wie viele andere Referate auch. Ich finde es angebracht, den Mitarbeitenden herzlich zu danken und unseren Respekt auszusprechen.

- (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Die Herausforderungen, die durch den russischen Angriffskrieg verursacht werden, kommen noch dazu. Nach Schätzungen der UN sind über 5,4 Mio. Menschen auf der Flucht. Täglich kommen tausende von Menschen, vor allem Kinder, in München an. Die Menschen sind traumatisiert und müssen mit dem Nötigsten versorgt und untergebracht werden. Zusätzlich müssen Leistungen beantragt werden. Die Aufgaben sind endlos und die Mitarbeiter*innen im Sozialreferat müssen viel leisten, zum Teil auch in Nachtschichten an der Messe oder am Infopoint.

Es ist wirklich sehr gut dargelegt, warum wir diese Stellen brauchen. Diese sehr umfangreichen Vorlagen müssen auch irgendwann geschrieben und die Kosten bei der Regierung von Oberbayern angefordert werden. Deshalb sind das hier keine nice to have-Projekte und nice to have-Stellen. Sie werden benötigt, um die Lebenssituation von Menschen zu verbessern. Das gilt auch für die meisten Stellen, die wir im Jobcenter schaffen. Mit dem Rechtskreiswechsel wird es zu erheblichen Aufgabenmehrungen kommen, denn viele Menschen werden dort ihre Leistungen beantragen. Deshalb ist es besonders wichtig, diese Stellen so schnell wie möglich zu schaffen, damit die Menschen die ihnen zustehenden Leistungen bekommen. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Die allergrößte Herausforderung wird aber die Besetzung dieser Stellen sein. Das haben wir im Sozialausschuss schon ausführlich diskutiert. Aktuell sind wir gegenüber den freien Trägern nicht konkurrenzfähig, gerade wenn es darum geht, Sozialpädagog*innen einzustellen. Es gibt einen riesigen Fachkräftemangel. Bis wir die Leute zu einem Vorstellungsgespräch einladen, arbeiten diese teilweise schon drei Monate bei einem freien Träger. Hier müssen wir dringend tätig werden.

In der Bekanntgabe steht, dass die Personalsituation in den Sozialbürgerhäusern zunehmend prekärer wird. Große Sorge bereitet die steigende Zahl der Mitarbeiter*innen, die sich weg bewerben oder kündigen. Die Fluktuation kann durch die Neueinstellungen nicht mehr aufgefangen werden. Gerade in einem so belastenden Bereich wie der Bezirkssozialarbeit müssen Lösungen gefunden werden. Die Einstellungsverfahren sind zu vereinfachen und zu beschleunigen, um der Negativspirale entgegenzuwirken. Deshalb appelliere ich, mit dem POR und dem Sozialreferat nach Lösungen zu suchen, um diese wichtigen Stellen, die wir heute beschließen, schnell zu besetzen. Vielen Dank! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

StRin Hübner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es ist fast wie früher: Die Kollegen sind draußen beim Kaffeetrinken, die Hälfte quatscht und der Rest schaut auf das Handy. Es hat sich im Vergleich zu der Zeit vor Corona nichts verändert. Deswegen kann ich beruhigt einiges

wiederholen, was die Kollegin Nitsche gesagt hat, weil es die Hälfte sowieso nicht mitbekommen hat. - (Unruhe - Zwischenrufe)

Folgendes möchte ich unterstreichen: Wir beschließen für ein Volumen von 5 Mio. € zusätzliches Personal und haben insgesamt für das Thema Ukraine im Sozialausschuss schon Mittel von über 100 Mio. € beschlossen. Es ist unklar, wie viel davon die Regierung von Oberbayern erstatten wird. Es ist von Seiten der Kämmerei und des Sozialreferats eines der wesentlichen Themen, dranzubleiben, damit es nicht bei leeren Versprechungen bleibt und die Mittel möglichst zeitnah erstattet werden. Die Kommunen gehen hier stark in Vorleistung und dürfen am Ende mit diesen Kosten nicht alleine gelassen werden.

Frau Nitsche hat es gesagt: Unser Hauptproblem ist nicht die Zahl der vorhandenen Stellen. Zum Beispiel gibt es bei der Bezirkssozialarbeit 0-59 aktuell ungefähr 320 Vollzeitäquivalente. Davon sind 50 unbesetzt. Es geht also gar nicht so sehr um die freien Stellen, sondern darum, diese zu besetzen. Wir als SPD-Stadtratsfraktion haben 2019 gefordert, im Bereich der Bezirkssozialarbeit und in Mangelberufen innerhalb von vier Wochen einzustellen. Das funktioniert leider immer noch nicht. Ein freier Träger kann sagen, nachdem ich Sie heute gesehen und gut gefunden habe, können Sie morgen anfangen. Das geht bei uns nicht. Wenn wir nicht flexibler werden und schneller zusagen, haben wir auf Dauer keinen sozialen Dienst mehr im Sozialreferat. Dann bleiben die Menschen in Notlagen auf der Strecke. Das dürfen wir nicht zulassen. - (Beifall der SPD)

Insofern sehe ich die vielen Stellenzuschaltungen gerade für die Bezirkssozialarbeit eher als symbolischen Akt, um den Kolleginnen und Kollegen zu signalisieren, dass wir die Mehrarbeit sehen. Wir brauchen diese Veränderungen auf dem Verwaltungsweg. Es handelt sich um 320 gleiche Stellen. Es muss nicht auf die einzelne Stellennummer geschaut werden, wenn eine Kollegin ins Beschäftigungsverbot geht oder lange Zeit erkrankt ist. Diese Stelle könnte sofort nachbesetzt werden und nicht erst nach eineinhalb Jahren, wenn die Elternzeit verlängert wird. Mit diesen einfachen Dingen könnte man Teams helfen. Es wird eine wesentliche Aufgabe für das Sozialreferat und das POR sein, die Einstellungszeiten radikal zu verkürzen.

Der Rechtskreiswechsel ist angesprochen worden. Ich hoffe, dass unbürokratische Lösungen gefunden werden. Das betrifft auch die Fallübergabe vom Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB II, damit nicht alle am 1. Juni beim Jobcenter auf der Matte stehen, um dort Leistungen zu beantragen. Interessant wäre auch, wie viele inzwischen von dem Angebot der Sparkasse wissen,

dort Konten eröffnen zu können. Viele Leistungen sollten bargeldlos ausbezahlt werden, um die Kassen zu entlasten.

Wir sind uns im Sozialausschuss einig, dass die Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges in München nicht an den finanziellen Mitteln scheitern soll. Aber es sind auch die anderen politischen Ebenen gefordert. Die Kolleginnen und Kollegen im Sozialreferat und im Kreisverwaltungsreferat erleben die Notlagen, die wir gut unterstützen müssen. Wir müssen aber auch als Stadt gut unterstützt werden. - (Beifall der SPD)

StRin Wassill:

Verehrter Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Wir als AfD-Fraktion betonen, dass wir selbstverständlich die absolut notwendigen Hilfen unterstützen. Wir haben auch vorhin zugestimmt. Bei diesem Tagesordnungspunkt 11 handelt es sich allerdings nicht unbedingt um absolut notwendige Dinge. Es geht in den Bereich der freiwilligen Leistungen, sonst wäre alles erstattungsfähig. Das ist es aber nicht. Es steht im Raum, dass es das Stadtsäckel sehr belasten kann.

Wir finden es erstaunlich, dass die Prognose so weitreichend geplant worden ist. Ich hätte mir eine Planung bis Ende 2022 gewünscht. Bis dahin können wir sicher sein, das sich nicht viel ändert. Dass Sie aber bis 2026 ff. geplant haben, ist für uns nicht nachvollziehbar. Man kann die Ukraine nicht mit Syrien vergleichen. Das ist ein anderer Fall. Wir wünschen uns alle, dass der Konflikt bald zu Ende ist. Wir sollten mit etwas Optimismus herangehen, entsprechend kürzer planen und nicht gleich so viel ausgeben. Das entspricht auch dem Vorsichtsprinzip. Deswegen werden wir hier nicht zustimmen. Danke!

StRin Gaßmann:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Seid Ihr alle aufgewacht? Wunderbar! Jetzt geht es wieder los. Ich freue mich, dass wir alle heute wieder hier sind und ich Euch so nah sehen darf!

Ich muss auf den Beitrag von Kollegin Wassill antworten: Das genau macht die Landeshauptstadt München aus, dass wir den Menschen die freiwilligen Leistungen angedeihen lassen und nicht nur das Notwendigste. Das ist das Fleisch an den Rippen der Sozialpolitik!

Ich war mehrmals am Hauptbahnhof. Ich weiß, wie es ist, mit Kindern stundenlang unterwegs zu sein. Die sind nörgelig und grantig. Am Hauptbahnhof waren alle Kinder still. Liebe Leute, da habe

ich Gänsehaut bekommen! Da braucht es freiwillige Leistungen wie die Frühen Hilfen. Ich war in Wien und habe gesehen, wie das Jugendamt mit den Frühen Hilfen unterwegs ist und genau den Kindern Hilfeleistungen anbietet. Wir stehen dazu! Diese Leistungen für die ankommenden Kinder müssen sein.

Es war mir ein Bedürfnis, diesen Tagesordnungspunkt noch einmal aufzurufen. Eine Krise jagt die andere und dieses Referat trifft es wie immer an erster Stelle. Wir haben schon im Sozialausschuss darum gebeten, unseren Respekt und unsere Dankbarkeit an die Kolleginnen und Kollegen auszurichten. Hier wird Unwahrscheinliches geleistet. Wir sehen das, wir merken es und können es vor Ort immer wieder beobachten.

Zu den zusätzlichen Hilfen hat Kollege Lechner gesagt: Das Essen wird weiterhin ausgegeben. Das ist ein Blick über den Tellerrand hinaus und hat uns sehr gefallen.

Uns war es sehr wichtig, die Bevölkerung und die Bezirksausschüsse gerade bei den Leichtbauhallen mit einem Tag der offenen Tür einzubinden. Ich habe zufällig an einem Treffen teilgenommen. Das war sehr gut, nimmt die Politik vor Ort mit und schafft viel mehr Akzeptanz.

Die Regierung von Oberbayern hat für das eine oder andere Thema pauschale Zusagen erteilt. Der Kämmerer hat den Finger ein bisschen erhoben und gesagt, da müsst Ihr noch einmal genauer nachfassen. Ich bin überzeugt, wenn die Regierung eine pauschale Zusage erteilt, wird sie zahlen.

Uns ist wichtig, dass die Erhöhung der personellen Ausstattung der Bezirkssozialarbeit 0-59 und 60plus noch einmal in den Fokus genommen wird. Durch die Teilung der Bezirkssozialarbeit können die Menschen besser versorgt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind extrem belastet. Die Ausweitungen sind zielgerichtet und absolut notwendig, weshalb wir diesen hundertprozentig zustimmen werden.

Der Rechtskreiswechsel am 1. Juni wird bei den zuständigen Stellen einen hohen Mehrbedarf auslösen. Die Bearbeitung der Anträge soll schnell und zügig gehen. Deswegen braucht es mehr Stellen.

Wichtig ist mir noch einmal zu verdeutlichen, dass wir die städtischen Strukturen gut ausstatten. In ein paar Monaten wird nicht alles zur Ende sein, daher müssen wir auch die Strukturen kleinerer

Träger mitdenken. Diese werden einen Mehrbedarf im freiwilligen Bereich haben, wenn die Flüchtlinge dort andocken. Das ist der einzige mahnende Finger, den ich erheben werde, das für die Zukunft mitzudenken. Vielen Dank! - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Raum für Kunst und Kultur schaffen

- Archiv des ehem. RGU

auf dem Kreativquartier umquartieren

Antrag Nr. 1337 von StR Agerer und StRin Burkhardt vom 21.04.2021

Beschluss über die Finanzierung für das Jahr 2022

Aktensammlung Seite 3317

StR Agerer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir sagen lassen, eine Antragsbearbeitung innerhalb von 13 Monaten sei schnell. Vor 13 Monaten haben wir den Antrag gestellt, die Räumlichkeiten über dem Pathos Theater für Kunst und Kultur freizumachen und die staubigen Akten des damals noch so genannten Referats für Gesundheit und Umwelt zu entfernen. Deshalb freuen wir uns sehr, dass mit der heutigen Beschlussvorlage unserem Wunsch entsprochen wird. Die Vorlage ist mit sehr heißer Nadel gestrickt. Das Projekt, die Freie Bühne München e. V. (FBM), ist vielen bekannt. Die Kammerspiele sind uns allen ein Begriff: Der gesamte Teil des Ensembles mit Behinderungen, Akteur*innen mit Down-Syndrom, ist durch die FBM gegangen. Sie alle haben in der Akademie eine profunde Ausbildung genossen. Ihnen wurde damit die Möglichkeit eröffnet, professionell als Schauspielerinnen und Schauspieler tätig zu sein. Deswegen freut es uns sehr, dass die FBM dort eine neue Probestätte bekommt. Ansonsten hätte sie im Juli ihren derzeit genutzten Raum verloren.

Gleichzeitig ist positiv zu würdigen, dass auch dieser Raum künftig für einen Jugendclub des Pathos Theater entwickelt werden soll. Somit stehen Flächen im Kreativquartier für ihre eigentliche Zweckbestimmung, Kunst und Kultur, wieder zur Verfügung.

Allerdings muss ich doch ein wenig Wasser in den Wein gießen. Das hat mit einer grundsätzlichen Problematik beim Kreativquartier zu tun. 2019 hat der Stadtrat beschlossen, das gesamte Gelände solle an die Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrums GmbH (MGH) übergehen. Die Stadt solle sodann die Lager, die Büroflächen und die Flächen zur Kulturförderung rückmieten. Beides ist bis dato nicht passiert. Weder die Eigentumsübergabe der Fläche noch der Rückanmietvertrag sind vollzogen. Diese Räumlichkeiten schweben rechtlich gesehen im luftleeren Raum. Da die Freie Bühne München die Räumlichkeiten ab Mitte Juni benötigt, möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, die betroffenen Referate aufzurufen, ganz schnell eine Lösung zu finden.

Ich skizziere kurz den Sachverhalt: Das Kommunalreferat sagt, es gebe noch keinen Mietvertrag, deshalb sei das Kommunalreferat nicht zuständig. Die MGH sagt, dieser Mietvertrag sei in Vorbereitung. Auf der Grundlage eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses sollten die Räumlichkeiten angemietet werden. Daher sei nicht etwa die MGH, sondern die Stadt selbst zuständig. Somit haben wir momentan eine relativ komplexe Situation, die man lösen muss. Die Räumlichkeiten sind rechtlich noch für eine Nutzung zu Lagerzwecken vorgesehen. Damit die FBM sie tatsächlich nutzen kann, brauchen wir daher eine förmliche Nutzungsänderung.

Vor diesem Hintergrund formuliere ich zwei Aufrufe: Erstens: Lösen Sie bitte endlich diese Problematik um das Kreativquartier, damit alle wissen, wie die Zuständigkeiten verteilt sind und schnelle Wege gefunden werden können. Meinen zweiten Appell formuliere ich als mündlichen Änderungsantrag: Die betroffenen Referate sollen mit der MGH am besten noch diese Woche einen Runden Tisch vereinbaren. Dort soll eine Lösung erarbeitet werden, die sicherstellt, dass die FBM die Räumlichkeiten ab Mitte Juni tatsächlich nutzen kann. Ich würde mich über eine kurze Stellungnahme aus den betroffenen Referaten, von Frau Kommunalreferentin Frank und Herrn Kulturreferent Biebl, freuen. Ich hoffe, dass zügig eine Lösung gefunden wird. Dies liegt in unser aller Interesse und im Interesse der Freien Bühne München. - (Beifall der CSU) - Danke schön!

StRin Fuchs:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie eine Vorbemerkung: Von hier vorne hat man einen sehr schönen Blick. Bisher kenne ich das nur aus den Ausschusssitzungen. Schön, diese Optik jetzt auch im Plenum zu haben! - (Heiterkeit - Zwischenrufe)

Dass es im Kreativlabor an der einen oder anderen Stelle etwas gerumpelt hat, hat Kollege Agerer schon ausgeführt. Dieser Bewertung schließen wir uns an. Wir haben im Oktober des vergangenen Jahres zu diesem Thema ein achteiliges Antragspaket erstellt. Darin geht es zu einem wesentlichen Teil darum, die begrenzten Flächen auf diesem Gelände möglichst effizient zu nutzen. Ein Archiv des Gesundheitsreferates über dem Pathos Theater zählt vielleicht nicht zu den effizientesten Nutzungen.

Wir freuen uns sehr, dass beim Kreativquartier fraktionsübergreifend sehr konstruktiv und fast schon konsensual zusammengearbeitet wird. Das könnte eine Blaupause für viele städtische Projekte sein. Das klappt an dieser Stelle referatsübergreifend wirklich gut. Das Kulturreferat und das Gesundheitsreferat haben in einer Nacht-und-Nebel-Aktion eine schnelle Begehung dieser Räume ermöglicht. Sie haben eine Bestandsaufnahme aller Gegenstände in diesem Archiv erstellt, sich um anderweitige Unterbringungsmöglichkeiten gekümmert und dafür eine sehr pragmatische Lösung gefunden. Unseren ganz herzlichen Dank, wir freuen uns sehr!

Die FBM muss meines Wissens Ende Juli aus den Räumen von Kult 9 in der Blütenburgstraße ausziehen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass ein lückenloser Übergang sichergestellt werden kann. Dass das Pathos Theater an diesem Ort einen Jugendclub einrichten will, begrüßen wir sehr. Für ein solches Vorhaben sehen wir großen Bedarf.

Unser Fazit: Wir sehen eine pragmatische, konstruktive Zusammenarbeit von allen Beteiligten – bitte mehr davon! - (Beifall)

StRin Abele:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ebenfalls ganz herzlich bedanken, dass alles so schnell gegangen ist. Die FBM ist ein hervorragendes inklusives Theaterprojekt. Entsprechend haben wir beantragt, das Projekt in die regelmäßige jährliche Theaterförderung aufzunehmen. Die FBM macht eine ganz tolle Arbeit – und wo sollten sie denn hin, wenn nicht ins Kreativquartier? Da ist der genau richtige Platz. Wir haben uns immer schon gewünscht, dass die FBM dort unterkommt. Jetzt sind dort endlich Räumlichkeiten frei geworden. Deshalb freuen wir uns, dass die FBM jetzt auch an diesem Ort ist, gewissermaßen in unserem Herzstück, wo die Kreativen in München ihren Platz haben. Dafür ganz herzlichen Dank!

Wir freuen uns auf die Aufführungen. Die Spielstätte „Schwere Reiter“ ist auch gleich nebenan. Die Zusammenarbeit mit dem Pathos Theater ist ebenso bereits organisiert. Alles in allem ist das genau der richtige Ort und alles ist sehr gelungen.

Es gab aber auch etwas Unruhe im Kreativquartier, Herr Agerer hat es erwähnt. Nicht alles ist so reibungslos gelaufen, wie wir uns das vorgestellt haben. Kollegin Fuchs hat unser großes Antragspaket genannt. Wir möchten, dass einiges überarbeitet wird. Die Kreativen und Künstler*innen sollen mehr Verantwortung bekommen, damit die Akteur*innen diesen Ort besser bespielen und mit Leben füllen können. Dafür braucht es eine gute Grundlage und weitere Veränderungen. Das haben wir jetzt angestoßen. Wir danken der CSU, dass wir das gemeinsam vorantreiben können, damit es unser kreatives und kulturelles Herzstück bleibt. Wir leisten uns sehr viel und möchten, dass es Bestand hat.

Die soziokulturelle Förderung ist uns dabei ebenfalls sehr wichtig. Wir begrüßen es daher, dass der Jugendclub dort auch seinen Platz findet. Alle Altersstufen sollten im Kreativquartier repräsentiert sein. Dazu gehört die Öffnung ins Viertel, damit Menschen aus der näheren Umgebung dort hingehen und diesen Ort mit Leben füllen. Das ist insgesamt wirklich ein sehr gelungenes Vorhaben. Natürlich hoffen wir, alles wird möglichst bald über die Bühne gehen. Danke schön! - (Beifall)

StRin Burneleit:

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen! Wir freuen uns ebenfalls, dass die Räume in dem Archiv jetzt freigeräumt werden und danken dafür. Wir hatten schon vor dem Antrag der CSU auf direktem Weg beim Referat nachgefragt. So geht das auch, wenn man Dinge schnell bearbeitet haben möchte. Zugegeben, 13 Monate mehr bedeuten eine lange Zeit. Das Gesundheitsreferat hat aber möglicherweise während einer Corona-Krise noch andere Aufgaben zu erledigen. So ehrlich müssen wir sein. Deswegen wurde die Frist länger, als wir uns das vielleicht gewünscht hätten. Wir wissen aber, welche Leistungen das Gesundheitsreferat gerade zu stemmen hat. Uns war es immer wichtig, darauf hinzuweisen. Wir sehen aber auch, es geht schnell vorwärts, wenn die Krisen ein wenig abflachen.

Wir freuen uns sehr, dass die Räume jetzt für Kultur und Kreative freigegeben werden. Solche Räume braucht es in der Stadt. Unser kleines Antragspaket zum Kreativquartier steht auch noch in der Fristverlängerung. Wir hoffen, wir können sehr bald diese Themen zum Kreativquartier ausführlich im Stadtrat diskutieren. MGH, Kulturreferat und Kommunalreferat müssen zusammen

schnelle Lösungen erarbeiten, wie Kulturschaffenden mehr Flächen in Selbstverwaltung angeboten werden können. Das ist wichtig, wir müssen darüber reden. Danke! - (Beifall)

OB Reiter:

Danke schön! Die beteiligten Referate wurden mehrfach angesprochen. Herr Biebl und Frau Zurek haben sich schon gemeldet.

Bfm. StR Biebl:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Der aktuelle Stand zum Thema Freie Bühne München e. V. lautet wie folgt: Die FBM wird als sehr wichtiges inklusives Theaterprojekt von der Stadt München institutionell gefördert. Wir prüfen derzeit, ob Miete gezahlt werden muss. Aktuell tendieren wir dazu, dass die FBM unter den Mietenbeschluss fällt und daher keine Miete zu entrichten ist. Sollten Mietzinsforderungen anfallen, wären die Zahlungen aber im Budget des Kulturreferates für Mieten enthalten.

Eine Baubegehung mit MGH und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft hat bereits stattgefunden. Bisher gehen wir davon aus, bauliche Maßnahmen in wesentlichem Umfang sind nicht erforderlich. Wir haben auch schon mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung wegen der Nutzungsänderung gesprochen. Dabei wurde uns eine Duldungs- und Nutzungsmöglichkeit in Aussicht gestellt. Meine Informationen gehen in die Richtung, wir können im Juni 2022 die Freie Bühne München in diese Räume einziehen lassen.

Noch ein Wort zum Kreativlabor: Frau Stadträtin Fuchs hat gesagt, es rumple etwas. Ich würde sagen, wir haben ein pragmatisches Vorgehen entwickelt. Damit sind wir auf dem Weg der Besserung - mit vielen Runden Tischen und viel Kommunikation. Die beteiligten Referate – Kommunalreferat, das Referat für Arbeit und Wirtschaft, das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Gesundheitsreferat – finden gemeinsam mit der MGH immer eine Lösung. Zusammenfassend gehe ich davon aus, die Freie Bühne München kann im Juni 22 einziehen. Danke! - (Beifall)

Bfm. StRin Zurek:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte! Ich kann die Aussagen nur bekräftigen: Wir warten auf den Startschuss. Der Umzug soll rasch beendet sein, damit die Räumlichkeiten anschließend zur Verfügung gestellt werden können. Wir verursachen durch das Freimachen der Flächen keine Verzögerungen.

OB Reiter:

Bfm. StRin Frank hat ihre Wortmeldung zurückgezogen. Ich frage daher Herrn Stadtrat Agerer: Sind sie mit diesen Ausführungen zufrieden oder wünschen Sie die Abstimmung über Ihren mündlichen Änderungsantrag? Wie ich höre, gab es bereits Runde Tische. Sie entscheiden!

StR Agerer:

Mich interessiert trotzdem noch die Aussage von Frau Referentin Frank. Ich habe eine konkrete Rückfrage. Es geht mir darum zu erfahren, ob die Nutzungsänderung wie geplant laufen kann, und wer – welches Referat, die MGH oder die Freie Bühne München selbst – zuständig ist, diese Nutzungsänderung anzustoßen.

Bfm. StRin Frank:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Kommunalreferat ist erst sehr kurzfristig mit der Angelegenheit befasst worden. Wir haben aber bereits gestern gebeten, noch diese Woche einen Runden Tisch dazu einzuberufen. Sehr viele Stellen innerhalb der Stadtfamilie – sowohl des engeren als auch des weiteren Kreises – sind zu beteiligen. Wir sind dankbar, dass das Kulturreferat schon mit dem Planungsreferat im Austausch steht. Wie ich gehört habe, wird dort über eine Zwei-Schritte-Lösung gesprochen. Wir müssen also über eine temporäre Lösung für die ersten Wochen nachdenken, darüber, wo die Freie Bühne München untergebracht werden kann. Mit Unterstützung der Lokalbaukommission wäre hier eine Duldung in Erwägung zu ziehen. Dadurch hätte man danach für eine langfristige Lösung mehr Zeit, um eine Nutzungsänderung formell in die Wege zu leiten.

Wir werden versuchen, in diesen zwei Schritten vorzugehen: Im ersten Zug bemühen wir uns um eine Interimslösung, um einen schnellen Umzug zu ermöglichen. Danach werden wir mit etwas mehr Ruhe das formelle Prozedere in Gang bringen.

OB Reiter:

Ich stelle fest, der mündliche Änderungsantrag von StR Agerer ist damit erledigt.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**Sofortprogramm zur sprachlichen Förderung Geflüchteter aus der Ukraine
bei der Münchner Volkshochschule starten
Antrag zur dringlichen Behandlung für die Vollversammlung am 18. Mai 2022
Antrag Nr. A 2743 von Die Grünen - Rosa Liste
und von SPD/Volt vom 13.05.2022**

Aktensammlung Seite 3319

StRin Fuchs:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir in den vergangenen Tagen immer wieder gehört haben und wiederholt der Presse entnehmen konnten, kommen bundesweit gerade sehr viel mehr Geflüchtete aus der Ukraine als bisher angenommen. Es wird immer mehr Geflüchtete geben, für die wir längerfristige Bleibeperspektiven eröffnen müssen. Die Münchner Volkshochschule (MVHS) ist als wichtige kommunale Weiterbildungseinrichtung in einer Schlüsselposition. Wir haben sehr schnell ein Sofortprogramm für Deutschkurse aufgelegt, das kurzfristig den nötigsten Bedarf abgedeckt hat. Jetzt müssen wir aber längerfristig unsere Ressourcen ausbauen.

Ganz wichtig ist, dass die MVHS den Bereich Deutsch und Integration deutlich ausweiten, vor allem aber neu aufstellen kann. Die MVHS bietet aktuell 56 Integrationskurse, 20 Berufssprachkurse und zehn Qualifizierungskurse für Kursleitende an. Das reicht natürlich auf Dauer nicht aus. Im Moment machen ungefähr 600 Menschen jährlich den Deutschtest für Zuwander*innen.

Auf dieser Grundlage, die bisher sehr gut funktioniert hat, wollen wir ein weiteres neues Angebot schaffen. Wir wollen die Deutschkurse bedarfsgerecht ausbauen. Dafür möchten wir alle Kurse um ein sozial-pädagogisches Angebot ergänzen. Das gibt es bislang in dieser Form noch nicht. Wir müssen auch die Deutschkurse für den Beruf deutlich aufstocken. Es ist uns ein Anliegen, die Geflüchteten aus der Ukraine möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Dafür müssen wir die sprachlichen Grundlagen schaffen. Wir wollen auch ganztägige Angebote konzipieren. Bisher fehlen diese, der Bedarf ist aber gegeben. Wir setzen verstärkt auf dezentrale Angebote. Die MVHS soll Kurse in den Gemeinschaftsunterkünften anbieten.

Bei der Finanzierung ist uns sehr wichtig, neben den Mitteln, die wir als Kommune bereitstellen, auch Bundes- und Landesprogramme mit ergänzenden Förderungsmöglichkeiten in den Blick zu nehmen. Vielen Dank! - (Beifall)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich kann ich meiner Vorrednerin, Frau Kollegin Fuchs, vollumfänglich zustimmen. Erstaunlich ist allerdings, dass ein Antrag der Regierungsmehrheit innerhalb weniger Tage zu einem positiven Ergebnis führt. Wir haben bereits am 11.03.2022 einen fast gleichlautenden Antrag gestellt und diesen so begründet, wie die Kollegin Fuchs es gerade vorgetragen hat. Unser Antrag ist bis heute nicht beantwortet. Man hat es nicht für nötig befunden, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Antrag lautet „Ukrainische Flüchtlinge schnellstmöglich für den Arbeitsmarkt fit machen“. Ausdrücklich ist darin von den Bildungsträgern die Rede und die MVHS ist ein solcher. Man könnte vermuten, vielleicht war die Stadtratsmehrheit intelligenter und hat ihren Antrag an das Kulturreferat geschickt, das schneller reagiert. Das Sozialreferat, das Frau Kollegin Gaßmann gerade so gelobt hat, hat es innerhalb von zwei Monaten nicht zustande gebracht, irgendetwas dazu zu formulieren. Das Kulturreferat hat das innerhalb einer Woche geschafft.

Ich unterstelle damit nicht, dass das der wahre Grund ist. Klar, wir erleben auch, Anträge einer Fraktion werden schneller beantwortet als die einer anderen. Kollege Prof. Dr. Hoffman nickt leidvoll. Dass Gleiches aber so unterschiedlich behandelt und es noch nicht einmal für nötig gehalten wird, unseren Antrag mit der exakt gleichen Thematik auf die Tagesordnung zu setzen, finde ich ziemlich schofelig. Ruhm und Ehre sollen wohl alleine der grün-roten Stadtratsmehrheit vorbehalten bleiben.

Inhaltlich können wir uns dem Antrag vollumfänglich anschließen, die Vorgehensweise ist für uns nicht in Ordnung. Danke schön! - (Beifall)

OB Reiter:

Ich befrage die Kolleginnen und Kollegen gerne noch dazu. Aus meiner Sicht ist es schön, wenn alle das gleiche Ziel haben. Diese Diskussion um die Frage „Wer hat es erfunden?“ war ohnehin nie meine. - (Zwischenrufe) - Wenn die Vorwürfe zutreffen, teile ich die Kritik. Sicherlich müssen wir überlegen, wie wir gleiche Sachverhalte gleich und in gleichen Zeiträumen behandeln. Vom Ergebnis her bin ich sehr zufrieden, dass wir alle die gleichen Ziele unterstützen. Ansonsten kann ich die Kritik teilen, wenn zutrifft, dass es sich um identische Sachverhalte handelt. Das weiß ich aber

bis dato nicht. Den Antrag kann ich nur dann auf die Tagesordnung setzen, wenn ich eine Vorlage dazu habe. Diese hat mir aber gefehlt. Ich frage bei der Kollegin gerne später noch nach. Jetzt machen wir aber erst inhaltlich weiter.

StR Lechner:

Herr Oberbürgermeister, wie Sie richtig sagen, geht es mehr um den Inhalt als um die Urheberschaft. Dem schließe ich mich an. Inhaltlich kritisiere ich beide Antragsteller*innen. Das betrifft nicht das Programm oder Projekt, das wir vollkommen befürworten

Schon zum wiederholten Male muss ich wirklich fragen, warum Sprachkurse nur für Geflüchtete aus der Ukraine angeboten werden sollen. Das leuchtet mir nicht ein! - (Beifall von DIE LINKE./ Die PARTEI) - Ich kenne afghanische Geflüchtete von 2015/16, die sich immer noch in der Duldung oder in der Nichtabschiebbarkeit befinden, obwohl alle wissen, wie es in Afghanistan derzeit aussieht. Sie kämpfen immer noch mit bürokratischen Hindernissen, haben Schwierigkeiten, einen Job, eine Ausbildung oder sonst irgendetwas zu bekommen. Sie müssen alles belegen und und in unglaubliche Diskussionen gehen. Ein afghanischer Freund hat mir 2016, gesagt: „*Sprache ist der Schlüssel zur Kultur. Sprache ist für uns der Zugang zu eurer Gesellschaft.*“ Wir wollen inklusive Politik in München. Es handelt sich ohnehin um freiwillige Leistungen. Mir leuchtet nicht ein, warum diese plötzlich nur Geflüchteten aus der Ukraine zugute kommen sollen. Wenn wir das Programm jetzt an den Start bringen, wissen wir aufgrund der aktuellen Fluchtbewegungen, es wird sehr wahrscheinlich zu 95 % den Geflüchteten aus der Ukraine zu Gute kommen.

Kollegin Fuchs hat schon darauf hingewiesen, es geht dabei auch um Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt betreffen. Wir reden dauernd vom Pflegenotstand und vom Notstand in sozialen Berufen. Es hat mich viel Überzeugungsarbeit gekostet, damit Freund*innen aus Afghanistan sich darauf einlassen, sich nach einem Pflegeberuf umzusehen. Die Rahmenbedingungen und alles, was damit zusammenhängt, ist unglaublich schwierig für sie. Trotzdem nehmen es manche auf sich. Da liegt doch Potenzial für unsere Gesellschaft, für das Miteinander. Man könnte dem Mangel in einem Bereich mit dem Überfluss in einem anderen begegnen, indem wir uns bemühen, die vielen Geflüchteten, die zu uns kommen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Man sollte aufhören zu fantasieren, man könne Pflegekräfte aus Mexiko einfliegen. Das haben wir auch schon gehört. Diese Geflüchteten sind da, sie haben ein Recht auf Spracherwerb und Inklusion, sie haben ein Recht auf Ausbildung.

Deshalb möchte ich den mündlichen Änderungsantrag stellen, in der Antragsziffer 3.1 folgenden Satz zu ergänzen:

„ *Das Projekt wird allen Geflüchteten, unabhängig von ihrer Herkunft, in München zugänglich gemacht.*“

Danke schön! - (Vereinzelt Beifall)

StR Naz:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Für die schnelle Bearbeitung unseres gemeinsamen Antrages möchten wir uns recht herzlich beim Kulturreferat bedanken. Herr Pretzl, der Handlungsdruck war immens. Im Gespräch mit Herrn Dr. Ecker (Geschäftsführung MVHS) haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Wartelisten immer länger werden und die Platzkapazitäten sehr begrenzt sind. Deshalb mussten wir als Koalition schnell mit einem Sofortprogramm reagieren. Herr Pretzl, zu Ihrer Kritik möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, wir haben 2015 auf die damalige Situation ebenfalls mit einem Sofortprogramm reagiert. Wir machen keine Unterschiede ... - (StR Pretzl: Das war keine Kritik!) - Nein, aber es geht doch darum, warum wir den Stadtrat so kurzfristig mit einem solchen Programm befasst haben und das Kulturreferat mit einer positiven Antwort reagiert hat. Die einzige Begründung ist, die Wartelisten werden immer länger. Im Gespräch mit vielen Geflüchteten aus der Ukraine wissen wir, sie wollen länger in München bleiben und hier möglichst schnell arbeiten. Aus Erfahrung wissen wir, die beste Möglichkeit, sich in diesem Land zurecht zu finden und zu integrieren läuft über die sprachliche und berufliche Qualifizierung. Wir wollen diesen Prozess mit diesem Sofortprogramm beschleunigen. Wir dürfen froh sein über unsere Münchner Volkshochschule. Sie erbringt seit mehr als 50 Jahren in diesem Bereich eine vorbildliche Leistung. Ich habe auch in jungen Jahren selbst an solchen Sprachkursen teilgenommen und weiß, wie effektiv die MVHS in diesem Bereich ist. Sie haben die besten Dozentinnen und Dozenten.

Frau Kollegin Fuchs hat schon gesagt, wir haben derzeit 56 Integrationskurse. Wir brauchen aber viel mehr davon! Deswegen möchte ich Sie alle um Zustimmung bitten. Vor allem möchte ich aber an dieser Stelle der Münchner Volkshochschule für die bisherige Arbeit danken. Herr Dr. Ecker, bitte geben Sie diesen Dank an ihre Dozentinnen und Dozenten weiter. Wir brauchen möglichst schnell Gelder für sprachliche und berufliche Integration. Vielen herzlichen Dank! - (Beifall)

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Sich an der Urheber-schaft der Idee für Sprachkurse aufzuhängen, geht am Problem vorbei. Wir halten es für ziemlich zynisch, wenn man den ukrainischen Flüchtlingen bei ihrer Ankunft in der Messe München zuerst eine Steuernummer in die Hand drückt. - (Zwischenrufe) - Wollen Sie das? Wollen Sie wirklich langfristig diese Arbeitskräfte aus der Ukraine abziehen? Eines Tages wird der Krieg dort zu Ende sein. Die Ukraine braucht ihre Leute selbst. Das ist Neokolonialismus, wenn Sie jetzt anfangen, Tatsachen zu schaffen, und zu sagen, dass sie hierbleiben sollen. Es sind bereits Rückkehrbewegungen feststellbar. Hunderttausende sind schon in die Ukraine zurückgekehrt. Das darf man auch nicht vergessen! - (Zwischenrufe) - Das geht am Problem vorbei. Sie sollten lieber darauf schauen, dass wir hier eigene Kinder produzieren, die dann auch später ausgebildet werden können... - (Unruhe im Saal - Zwischenrufe) - Nein, nein, ich habe meine Pflicht schon getan!

Neokolonialismus wollen wir also nicht unterstützen. Deshalb halten wir es für ungünstig, solche Sachen ... - (anhaltende Zwischenrufe) - zusätzlich zu bezahlen. - (Unruhe im Saal - Zwischenrufe)

OB Reiter:

Es hilft doch nichts! Es ist aber immer wieder interessant, wie Gesellschaftsbilder dargestellt werden! Das ist schon spannend. - (Allgemeiner Beifall)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister! Ich versuche, mich wieder auf das Niveau des Münchner Stadtrats zu begeben und mich nicht über Fortpflanzungsphantasien auszulassen. - (Beifall) - Das sollte doch die private Entscheidung jedes einzelnen bleiben.

Ich wollte auf die beiden vorangegangenen Redebeiträge reagieren. Leider erleben wir häufig, dass der Versuch unternommen wird, wenn man ein Programm für die Ukraine-flüchtlinge einrichten will, wird das sofort in einen Gegensatz zu sonstigen Programmen gesetzt. Das teilen wir überhaupt nicht. Es ist aber denklogisch einfach richtig, für eine sehr große homogene Gruppe mit gleicher sprachlicher Ausgangssituation spezielle Angebote zu schaffen. Ich bin kein Sprachlehrer. Als Laie meine ich aber, es macht einen Unterschied, ob man jemandem, der bisher nur die ukrainische Sprache spricht, die deutsche lehren will oder jemand, der die afghanische spricht. Man wird das wohl nicht in der gleichen Klasse organisieren können.

Kollege Naz hat richtigerweise gesagt, auch für die Flüchtlinge 2015 hat es intensive Sprachprogramme gegeben. In diesem Punkt möchte ich ihm ausdrücklich zustimmen. In der Flüchtlingskrise 2015 sind für die größeren Gruppen auch jeweils entsprechende Programme aufgesetzt worden. - (Zwischenrufe) - Die Kurse laufen bis heute. - (OB Reiter: Genau!) - Das muss an dieser Stelle gesagt werden. Ich möchte parteiübergreifend nicht den Eindruck entstehen lassen, wir würden für afghanische Flüchtlinge keine Sprachkurse anbieten. Das stimmt einfach nicht! Wir haben sehr viel Geld dafür ausgegeben und werden das fortsetzen. - (Beifall) - Genauso werden wir jetzt Geld in die Hand nehmen, um den Ukrainerinnen und Ukrainern Deutsch beizubringen.

Kurz zu meiner Vorrednerin: Natürlich wollen viele Geflüchtete wieder in ihre Heimat zurückkehren. Wir wissen aber nicht, wann das möglich sein wird. Ich betreue selbst intensiv zwei Familien mit kleinen Kindern. Keines der Familienmitglieder spricht ein Wort Deutsch.

In ihrem Fall ist es für die Teilhabe am Schulunterricht, im Kindergarten und am Arbeitsmarkt essenziell und existenziell, kein Wort Deutsch zu können, wenn auch nur für einige Jahre. Ich finde es ein Unding, diesen Menschen das Recht abzusprechen, die deutsche Sprache zu lernen. Wenn sie einmal die deutsche Sprache können, ist das in der Ukraine vielleicht sogar hilfreich für die Wirtschaftskontakte und den Wiederaufbau. In Kroatien gibt es im Tourismus wahnsinnig viele Menschen, die im Jugoslawien-Krieg nach Deutschland geflohen sind und heute gut deutsch können. Sie nutzen in ihrem jetzigen beruflichen Leben in Kroatien die deutsche Sprache. Ihre Ansage ist daher aus unserer Sicht vollkommen absurd. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Noch einmal zur Kollegin Wassill: Ich habe in keiner Weise kritisiert, dass dieses Programm so schnell kommt. Ich habe nur kritisiert, dass wir inhaltlich das Gleiche fordern und noch keine Antwort auf unseren Antrag haben. Das war das einzige. Das war in keiner Weise eine Kritik am Inhalt. Das habe ich vorhin aber auch deutlich gesagt. Vielen Dank. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Lechner:

Entschuldigung, darauf muss ich leider kurz reagieren. Ja, es gab Deutschkurse für Afghanen. Es geht aber genau um die Folgen, die hier beschrieben werden. Wie sind die Deutschkurse gestaltet? Wie werden sie begleitet? In welcher Form berücksichtigen sie die Berufsintegration? Der Krieg in Afghanistan dauerte über 40 Jahre an. Man muss sich das einmal vorstellen! Wenn wir vor Februar mit anderen Generationen über Krieg gesprochen haben, hieß es: „Großmutter, erzähl mir vom Krieg!“ In Afghanistan hieß es: „Großmutter, erzähl mir vom Frieden!“ Es handelt sich um

einen ewig währenden Krieg, der bis heute nicht vorbei ist. Noch vor ein bis zwei Jahren hat Ihre Partei permanent Leute mit der Behauptung zurückgeschickt, es gäbe dort sichere Gebiete. Jetzt gibt es in der Ukraine Fototermine in den sicheren Gebieten. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, und das muss irgendwann einmal aufhören.

Eine Folge können Sie nicht verleugnen: Die Menschen afghanischer Herkunft in München, die eine Duldung oder eigentlich eine Ausreiseverpflichtung haben, sind wegen der Taliban endlich vor der Abschiebung geschützt. Die bürokratischen Hemmnisse sind aber noch nicht in dem Maße abgebaut, wie es sein müsste. Das ist die Folge. Beim Sprachkurs fängt es an. Das hat mit unserer Denkweise zu tun. Wenn wir Menschen integrieren und ihnen Chancen bieten wollen, bin ich dabei. Der Weg über Sprachkurse, sozialpädagogische Betreuung etc. ist richtig. Es leuchtet mir nicht ein, warum das nur für Menschen gelten soll, die aus einem bestimmten Krieg kommen und nicht für die, die aus anderen Kriegen kommen.

OB Reiter:

Das kann Ihnen nicht einleuchten, weil es nicht stimmt. Fakten ignorieren Sie aber regelmäßig, lieber Herr Lechner. Wenn die Fakten nicht zu Ihrem Vortrag passen, ist das Ihr Problem und nicht unseres. - (Allgemeiner Beifall)

StRin Hübner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das wollte ich eigentlich auch sagen. Als Kommune haben wir doch nie einen Unterschied gemacht, woher die Geflüchteten kommen! - (Allgemeiner Beifall) - Sowohl 2015 als auch 2022 hat die Politik parteiübergreifend und auch die Zivilgesellschaft geholfen. Wir haben nie irgendwelche Kosten gescheut, um Menschen zu integrieren und Sprachkurse zu bezahlen. Sehr wohl stimmt es natürlich, dass zum ersten Mal auf Bundesebene Dinge möglich sind, die früher so nicht möglich waren. Das gehört auch zur Wahrheit. Wir sollten es einfach als gutes Beispiel für kommende Kriege und Flüchtlingskrisen nehmen, es Ankommen bürokratisch nicht so schwer zu machen, wie es noch 2015 war. Was 2022 für Menschen, die vor einem Krieg fliehen, möglich ist, sollten wir in der Zukunft für Flüchtende aus anderen Ländern möglich machen. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Bfm. StRin Schiwy:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratsmitglieder! Vielleicht noch einmal kurz zum Wortbeitrag von Herrn Lechner: Wenn Menschen anerkannte Flüchtlinge sind, bekommen sie die Sprach- und Integrationskurse vom Bund über das Jobcenter bezahlt.

Die Landeshauptstadt München hat sich deshalb im Kontext der Krise 2015/2016 dafür entschieden, für noch nicht anerkannte Menschen auf kommunale Kosten aus eigener Tasche 1 Mio. € jährlich auszugeben, um ihnen die Teilnahme an Deutschkursen zu ermöglichen. - (Beifall von StR Pretzl)

Darüber hinaus vielleicht noch ein kurzer Hinweis an die CSU-Fraktion: Herr Pretzl, ich kann Ihre Kritik gut nachvollziehen. Ich möchte Ihnen aber mitgeben, dass Sie den Antrag vom 11.03. dieses Jahres, auf den Sie gerade Bezug genommen haben, genau vier Werktage vor einer Beschlussvorlage gestellt haben. Sie wurde im Sozialausschuss am 17.03.22 behandelt und sah vor, für eine Summe von 765.000 € Deutschkurse für die betroffene Gruppe zu finanzieren. Das hat der Stadtrat auch einstimmig beschlossen. Wir hatten das Problem, dass Ihr Antrag kurz vor unserer Beschlussvorlage zu diesem Thema eingegangen ist.

Wir haben geplant, zu berichten, was aus diesem Geld geworden ist und wie der kommunale Verbund, zu dem im Übrigen die freien Träger und auch die Münchner Volkshochschule gehören, das Geld bisher verwendet hat. Wir wollen nach Möglichkeit im Juni, spätestens aber nach der Sommerpause berichten, welche Deutschkurse wir bisher bezahlt und welchen Bedarf wir mit diesem Geld gedeckt haben. Ich denke, das ist das übliche Vorgehen und aus meiner Sicht auch genau die richtige Reihenfolge.

Ich kann durchaus nachvollziehen, dass es angesichts der Flut von Vorlagen, die es zu diesem Thema im Moment gibt, durchaus schwierig ist, jeden Antrag genau in die richtige Zeitschiene einzuordnen. Aus unserer Sicht ist es so in Ordnung. Wir wollen im Übrigen auch etwas abwarten. Hier spielt das hinein, was ich gerade zum Wortbeitrag von Herrn Lechner gesagt habe. Wir haben jetzt den Rechtskreiswechsel und wollen uns natürlich anschauen, inwieweit Deutschkurse in Zukunft womöglich auch vom Bund finanziert werden, weil die Betroffenen durch die Bundesregierung im Prinzip direkt die Anerkennung als Asylsuchende bekommen haben. Vielen Dank.

Bfm. StR Biebl:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Zu dem Vorwurf, das Kulturreferat ziehe Antragsbearbeitungen vor: Der Antrag zur dringlichen Behandlung ist am Freitag Nachmittag bei uns eingegangen. Wir hatten am Montag, 16.05., eine Diskussion über den CSU-Antrag. Herr Pretzl, es gab die Aussage, dass Ihr Antrag weiter geht. Das kann man auch dem Antrag entnehmen. Unser Ziel war, die Soforthilfe für die Volkshochschule noch in diese

Vollversammlung einzubringen. Deswegen haben wir diesen CSU-Antrag nicht mitbehandelt. Er geht qualitativ weiter.

Inhaltlich ist es so: Die Volkshochschule bietet derzeit schon 50 Integrationskurse für alle an. Aktuell gibt es zehn zusätzliche Kurse mit Kinderbetreuung für ukrainische Flüchtlinge. Das ist ein Sofortprogramm. Wenn Sie heute über dieses Paket entscheiden, versetzen Sie uns in die Lage, weitere 30 Kurse für ukrainische Flüchtlinge einzurichten. Diese Kurse können wir dann wirklich maßschneidern und auch um Kinderbetreuung ergänzen. Das wird alles in enger Abstimmung mit dem Sozialreferat passieren. Wir werden natürlich versuchen, eine entsprechende Refinanzierung über das BAMF oder das Sozialreferat zu erhalten. Wir müssen nur jetzt starten. Daher würde ich dafür plädieren, dass der Stadtrat uns diese Finanzierung zur Verfügung stellt. Danke.

OB Reiter:

Ich glaube, durch die Diskussion ist auch klar geworden, dass auch die CSU selbstverständlich die sprachliche Förderung Geflüchteter unterstützt. Sie hat einen noch weiter gehenden Antrag gestellt, den wir später im Stadtrat behandeln werden.

Mit dem Ergebnis bin ich sehr zufrieden. Das ist eine gute Aussage für diese Stadt. Insbesondere hat diese Diskussion noch einmal ergeben, dass wir bei den Geflüchteten keine Zweiklassengesellschaft haben. Wenn es die gesetzlichen Voraussetzungen nicht hergeben, sorgen wir als Kommune selbst dafür, dass es genau diese Zweiklassengesellschaft nicht gibt. Dafür bin ich ausgesprochen dankbar. - (Allgemeiner Beifall)

Dem mündlichen Änderungsantrag von Herrn Lechner können wir zustimmen, weil wir das ohnehin machen. Ich würde das aber ganz ehrlich nicht tun, weil ich den Gedanken skurril finde und er nicht wahrer wird, wenn man ihn ständig wiederholt.

Der mündliche Änderungsantrag von StR Lechner, das Projekt allen Geflüchteten in München unabhängig von ihrer Herkunft zugänglich zu machen, wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Auszubildendenwerk, Realisierungsbeschluss

Aktensammlung Seite 3335

StR Walbrunn:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Es ist ein wichtiges und richtiges Anliegen, die Lebens- und Wohnsituation unserer Auszubildenden zu verbessern. Dementsprechend unterstützen wir natürlich die Gründung des Auszubildendenwerks. Ich kündigt aber an dieser Stelle schon einmal an, dass wir Ziffer 1 gerne gesondert abstimmen möchten. Wir müssen so konsequent sein und die gegenderte Satzung einmal ablehnen, bevor wir in der Gesamtabstimmung wieder zustimmen.

Deswegen hatte ich mich aber nicht gemeldet. Ich habe auch eine Frage: Auf Seite 18 geht es um die doppelte Losgewichtung für sozial- und zivilgesellschaftlich engagierte Auszubildende bei der Wohnungs-Tombola. In diesem Zusammenhang hätte ich eine Frage zur Anrechenbarkeit des Engagements: Werden dieses künftig für Bewerber aufgelistet oder wie wird über die Anrechenbarkeit entschieden? Das ist in der Beschlussvorlage nicht weiter ausgeführt. Es handelt sich um eine relativ kurze Passage. Da es hier letztendlich auch um geldwerte Vorteile für die Teilnehmer geht, wäre es durchaus relevant, das möglichst transparent zu kommunizieren. Ich hätte dazu gerne etwas von der Referentin gehört. Danke schön.

Bfm. StRin Schiwy:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratsmitglieder! Wir sind im Moment noch in der Konzeptionsphase für die Auswahlverfahren. Die Idee war, das Engagement von Menschen, die sich sozial oder gesellschaftlich einbringen, bei der Auswahl positiv anzurechnen. Wie das konkret gestaltet wird, müssen wir im Moment noch überlegen. In der Vorlage steht ja, dass im Moment vieles konzeptioniert wird. Ich möchte hier nicht selbst etwas fabulieren, sondern das wirklich den Kolleg*innen überlassen, die im Moment die entsprechenden Konzepte erarbeiten. Wir können das Thema aber gerne bei Gelegenheit im geeigneten Ausschuss noch einmal ansprechen und dann näher erläutern.

Ziffer 1 des Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin **einstimmig beschlossen**.

**Schulbauoffensive 2013 - 2030;
Sachstandsbericht zu den Schul- und Kita-Bauprogrammen;
Umsetzung der Haushaltssicherung**

Aktensammlung Seite 3345

StR Lechner:

Ich entnehme den Reaktionen der Kollegen, dass alle so schnell wie möglich nach Hause gehen möchten. Ich versuche deswegen, ebenfalls schnell zu sein. Mein Beitrag kommt mit Ankündigung. Die Kolleginnen und Kollegen aus den vorberatenden Ausschüssen wissen das. Die Vorlage war sehr dick und einem Vertagungsantrag wurde nicht zugestimmt. Ich muss den Punkt deswegen hier aufrufen. Es dauert aber nicht lange und es tut nicht weh. Das sage ich gleich vorneweg.

Wir hätten noch einen Änderungsantrag, der Ihnen verteilt wurde. Im Wesentlichen geht es um zwei Punkte – zum einen um etwas Grundsätzliches, und zum anderen um drei konkrete Schulen. Eine ist das Pestalozzi-Gymnasium. Wir wollen es unbedingt priorisieren, weil es als einziges musisches Gymnasium in München immer noch nicht barrierefrei ist. Wir haben bei der Inklusion so viele Buckel und Verzögerungen, dass es ein wichtiges Signal wäre, gerade bei der Schulbauoffensive Zeichen zu setzen und inklusiver zu werden. Bei den neugebauten Schulen haben wir diese Problematik Gott sei Dank nicht mehr.

Die anderen beiden Schulen in Haidhausen waren schon im zweiten Schulbauprogramm enthalten. Die Bedarfe sind bekannt. Dort muss ein bisschen mehr Schwung hineinkommen. Das Ziel des Änderungsantrags ist für alle drei Schulen eine Aufnahme ins vierte Schulbauprogramm.

Es gibt noch einen anderen Punkt. Ich weiß, dass die CSU gleich sehr viele Ziffern zur gesonderten Abstimmung aufrufen wird. Ich vermute, sie wird das analog zum Ausschuss tun. Beim Punkt 10.3 würden wir gerne mitgehen. Ich möchte das begründen: Ziffer 10.3 betrifft die Diskussion um die Versammlungsstätten an den Schulen. Ich schildere für diejenigen, die nicht Mitglieder der Ausschüsse sind, kurz das Problem: Eigentlich sollten in allen neuen Schulen Versammlungsstätten geplant werden. In der Regel betrifft das die Mensen. Wenn diese Versammlungsstätten werden, müssen sie mobil gebaut werden, damit der Hausmeister bei einer anstehenden Versammlung das Mobiliar raustragen kann. Wenn sie nicht mobil sind, kann man nach neuester pädagogischer

Grundlage andere Einrichtungssituationen herstellen und eine bessere Wohlfühlatmosphäre schaffen.

Das hört sich nach einem Interessenkonflikt an. Ich denke, diesen gibt es aber gar nicht. Auch mit den mobilen Möglichkeiten und nach neuester Pädagogik gibt es sehr viele Optionen, Räume kindgerecht und adäquat pädagogisch zu gestalten. Hier konkurriert ein anderer Aspekt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt: In Eurer Koalitionsvereinbarung ist die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement enthalten. Das ist ein langer Prozess. Wir haben viele Ideen, was noch kommen muss. Eine Bedingung dafür sind u. a. Räume, in denen Menschen sich treffen, versammeln und politisch organisieren können – ob das Bezirksausschuss-Versammlungen sind, die teilweise ohnehin in den Schulen stattfinden, oder andere Dinge. Ich glaube, hier geht viel mehr.

Wir müssen die partizipative Stadtgesellschaft als Zukunftsvision stärken. Die Schulen sind doch der allerbeste Ort dafür! Sie befinden sich fast überall in Laufnähe. Das betrifft wieder das Thema Inklusion oder Erreichbarkeit und Mobilität. Der beste Ort dafür sind Schulen mit Räumen, die bürgerschaftlich genutzt werden können. Wir haben in der Politik den Reflex, kurzfristig zu reagieren und etwas Gutes zu streichen oder zu verzögern. Wir sind der Auffassung, wir sollten das hier nicht tun. Wir sollten an dem ursprünglichen, richtigen Plan festhalten und die Versammlungsstätten in allen Schulneubauten beibehalten. Andere Parallelnutzungen und Ziele für die Zeit, in der die Krisen flacher werden – wie vorhin jemand gesagt hat –, werden so ermöglicht. - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

StRin Schönfeld-Knor:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Ausschuss schon reichlich dazu diskutiert. 7 Mrd. € sind in Deutschland einmalig, und es gab eine unglaubliche Zusammenarbeit der Referate. Mehr muss ich nicht sagen. Das Schulbau-, Pavillon-, Sport- und Kitabauprogramm sucht seinesgleichen. Es ist wirklich unfassbar. An dieser Stelle noch einmal ein Dankeschön für die Zusammenarbeit der Referate. Ich glaube, sie ist beispiellos! - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Man sieht auch, dass wir extrem gut im Zeitplan sind. Die Dinge kommen auf die Matte und auf den Platz. Die Schulen können sie umsetzen.

Zum Änderungsantrag und zum Kollegen Lechner: Wir haben darüber schon gesprochen. Natürlich findet wirklich jeder von uns eine Schule, die er gerne vorziehen würde. Das Ganze ist aber nun einmal ein großes Gebilde, das in den Zeitplan und zum Zuzug usw. passen muss. Es ist nicht sinnvoll, Schulen heraus- oder ins vierte Schulbauprogramm hineinzunehmen. Das Referat macht in Absprache mit den anderen Referaten ganz genaue Vorschläge, denen wir folgen. Wir sehen uns das noch einmal ganz genau an. Manches geht aber aufgrund der Enge oder der Beschaffenheit des Platzes auch nicht. Wir lehnen den Änderungsantrag daher ab.

Zu den Versammlungsstätten: Es gibt nach wie vor Schulen mit Aulen. Diese werden ja nicht abgeschafft. Wir haben in der Stadt in den Vierteln 34 Stadtteilkulturhäuser, in denen Bürger*innen sich treffen und versammeln können. Wir haben auch dezentrale MVHS-Standorte. Wir haben Räume für bürgerschaftliches Engagement geschaffen. Es hängt nicht daran, dass Versammlungsstätten in den Schulen nicht umgesetzt werden. Die Aufenthaltsqualitäten in den Mensen für Schüler*innen ist uns deutlich wichtiger. Deswegen möchten wir das hier so umgesetzt haben. Vielen Dank!
- (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

StRin Berger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es das Wichtigste, das große Ganze im Blick zu behalten. Bei diesem Beschluss trifft das in höchstem Maße zu. Er ist wirklich eine Wucht! Die Summe von 7 Mrd. €, die in den drei Schulbauprogrammen steckt, wurde schon angesprochen. Insgesamt 156 Schulprojekte sind im Bau oder werden auf den Weg gebracht. Alle Beteiligten haben Großartiges geleistet. Das sind die Referate, aber auch die Arge Wirtschaftlichkeit – alle, die das umgesetzt haben. Wir können richtig stolz darauf sein und prägen damit eine herausragende Schulstadt München.

Wir bauen gute, durchdachte Schulgebäude. Diese sind eine gute Voraussetzung für gute und innovative Pädagogik. Noch etwas kam noch nicht zur Sprache: Die Schulgebäude sind nicht nur in Bezug auf die Pädagogik überdacht. Es steckt auch ganz viel Klimaschutz drin. Wir sind mit dem Schulbauprogramm bzw. dem Projektprogramm, wie es für die Zukunft geplant ist, wirklich auf dem richtigen Weg. Dass unsere Schulen weniger klimaschädlich gebaut werden, ist genau der richtige Weg. Herzlichen Dank an dieser Stelle! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

Das Einsparen bzw. das Strecken und Verschieben von Projekten tut natürlich weh. Das ist ganz klar. Hier werden einige Jahre ins Land gehen. Das war jedoch absolut nötig. Wir tragen die Vorschläge daher mit. Das wichtigste dabei ist, dass die Qualitätsstandards eingehalten werden.

Das ist noch nicht zur Sprache gekommen. Wir rütteln nicht am Raumprogramm, an der Inklusion oder am klimaneutralen Bauen. Das ist eine großartige Leistung, die gar nicht genug wertgeschätzt werden kann. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

Zu den Versammlungsstätten wurde schon einiges gesagt. Wenn in einem Viertel oder einer Region Versammlungsstätten benötigt werden, werden diese auch gebaut. Es geht in diesem Beschluss nur darum, im Einzelfall zu prüfen, was notwendig ist. Auch in Zukunft wird es mit Sicherheit genügend Versammlungsstätten geben.

Zur Inklusion und der Schiefelage, die der Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI unterstellt: Das ist absolut nicht in Ordnung. Jede Schule und jede Kita wird barrierefrei gebaut. Wenn wir drei Schulen vorziehen, fallen drei andere hinten runter. Damit ist der Inklusion nicht wirklich gedient. Zusätzlich nehmen wir für die Inklusionsräume wesentlich mehr Geld in die Hand als der Freistaat refinanziert. Wir sehen den Bedarf und sind dran. Wir lassen uns nicht unterstellen, der Inklusion nicht Genüge zu tun, wenn wir diese drei Schulen nicht vorziehen! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt) - Wir lehnen den Änderungsantrag daher ab und stimmen dem Beschluss und dem Bericht mit großer Freude zu. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

StRin Burkhardt:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! In München ist das Schulbauprogramm genauso wichtig und hat genauso viel Priorität wie der Wohnungsbau. Aufgrund der wachsenden Stadt ist die entsprechende Versorgungsstruktur dringend erforderlich. Die Eltern müssen beruhigt sein, dass ihre Kinder untergebracht werden können. Wir werden dem Gesamtantrag deshalb selbstverständlich zustimmen. Das haben wir in den Fachausschüssen schon gesagt.

Herr Oberbürgermeister, in der Vorlage gibt es zwölf Punkte mit Unterpunkten. Das ist eine ganze Liste. Vielleicht können wir die Punkte, die wir ablehnen wollen, auflisten. Das ist wahrscheinlich leichter abzustimmen, als wenn wir jeden einzelnen Punkt besprechen. Das wird manchmal ein bisschen verwirrend.

Wir freuen uns, dass der Bauunterhalt sich in der Vorlage wieder verändert. Die Bitte des RBS, den Bauunterhalt wieder auszuweiten, wird übernommen. Er wurde eigentlich gekürzt. Es war eines unserer größeren Probleme, dass Schulen nicht nur gebaut werden müssen, sondern auch Bauunterhalt für ihre Sanierung vorhanden sein muss. Beim Bauunterhalt musste dringend etwas unternommen werden.

Wir haben einige Punkte angesprochen. Auf die Details will ich gar nicht mehr eingehen. Es ging um die Parkplätze und darum, dass uns einige Schulzüge zu wenig waren. Im Lauf des Jahres kommt zwar noch eine Vorlage. So, wie es jetzt in der Vorlage steht, sind uns die Schulzüge aber zu wenige.

Zu Versammlungsstätten werden wir heute ein Antragspaket stellen. Wir wollen einen Überblick haben, wie es aussieht. Wie viele Versammlungsstätten gibt es in den einzelnen Stadtvierteln? Dann können wir selbst entscheiden, was wir brauchen und was nicht. Ich habe es im Ausschuss auch schon gesagt: Wir versuchen, Schulen zu öffnen. Wir machen die Schulhöfe auf und die Schulen zu. Das finde ich ein bisschen schade. Sie sollten auch außerschulisch genutzt werden können.

Wir werden einen Antrag zur Zeitschiene stellen, um eine gewisse Planungssicherheit für die Eltern und die Schulen zu erhalten. Das habe ich auch schon angesprochen. Was kommt eigentlich in den nächsten zwei, drei, vier, fünf oder zehn Jahren? Dazu hätten wir gerne noch eine Auskunft.

Dem Antrag von DIE LINKE./Die PARTEI werden wir logischerweise zustimmen. Bei uns stand auch auf der Liste, dass am Pestalozzi-Gymnasium dringend etwas unternommen werden muss. Es ist völlig klar, dass die Stadt sich immer für Inklusion einsetzt. Diese Schule steht schon sehr lange auf der Warteliste. Dort muss dringend etwas getan werden. Für die anderen beiden Schulen haben die Bezirksausschüsse ebenfalls Maßnahmen gefordert.

Wenn es recht ist, nenne ich jetzt die Punkte, gegen die wir stimmen werden - (OB Reiter: Ich schreibe mit!) - Ich kann Ihnen auch eine Kopie geben. Wir stimmen gegen die Punkte 1.2, 1.3.1, 1.3.2, 2, 9, 10.1, 10.3, 12.2 und 12.3. Danke. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER)

StRin Neff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Julia Schönfeld-Knor, es ist wirklich bezeichnend für München und für Deutschland, dass wir dieses Schulbauprogramm haben. Ich weiß noch, wie glücklich wir alle waren, als wir vor Jahren die Diskussionen darüber begonnen und es beschlossen haben. Ich bin ebenfalls glücklich, dass wir das Programm fortschreiben und es fortgesetzt wird.

Wir haben es im Ausschuss intensiv diskutiert, darum mache ich nur noch einige Anmerkungen. Dem Antrag von DIE LINKE./Die PARTEI werden wir zustimmen. Zum Pestalozzi-Gymnasium gibt es auch von uns seit 2004 Anträge. Dort passiert einfach nichts. Die Barrierefreiheit muss dort endlich hergestellt werden. Das ist eine unendliche Geschichte. Auch Versammlungsstätten müssen wir natürlich an den Schulen einrichten. Das ist wichtig.

Ich weise noch auf etwas hin. Es gab letzte Woche einen Artikel in der *Abendzeitung* bezüglich einer „Schimmelschule“ in der Baierbrunner Straße. Ich habe mich gerade mit dem Referenten verständigt. Sie haben gesagt, Sie hätten Kontakt aufgenommen. Ich wollte das hier nur noch einmal erwähnen. Die Stadt schläft nicht, sondern sie hat Kontakt aufgenommen und ist dabei, den betreffenden Raum zu sanieren. Das sage ich zur Vorbeugung.

Der Ziffer 10.1 werden wir ebenfalls nicht zustimmen. Sie betrifft die Kfz-Stellplätze.

Vielen Dank an die Referate für die Fortschreibung und dass es mit unserem Schulbauprogramm vorangeht! - (Beifall von FDP - BAYERNPARTEI)

StSchR Kraus:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich arbeite mich vom Allgemeinen zum Speziellen vor. Vielen Dank, dass Sie die Anstrengungen der Referate so positiv gewürdigt haben. Das tut gut. Ich gebe den Dank intern und an die beteiligten Referate, insbesondere an das Baureferat, weiter. Hinter den Schulbauprogrammen steckt tatsächlich ein immenser Aufwand.

Zu den Versammlungsstätten: Frau Burkhardt, wir machen zwar die Schulhöfe auf, aber nicht unsere Schulen zu. Ihre Formulierung ist zu allgemein. Wir haben viele Versammlungsstätten in Schulen. Auch in Schulen, in denen es keine Versammlungsstätten gibt, findet eine außerschulische Nutzung statt, wenn es Bedarf hierfür gibt. Die künftige von uns gewünschte Vorgehensweise, nicht mehr in jede neue Schule eine Versammlungsstätte einzubauen, liegt vor allem in der Haushaltskonsolidierung begründet. Mit dem Bau einer Versammlungsstätte sind zunächst einmal mehr Kosten verbunden.

Man benötigt eine andere technische Ausstattung, andere Lüftungsanlagen sowie mehr Toiletten, damit sind wiederum zusätzliche sonstige technische Voraussetzungen erforderlich. Wir denken aber auch, dass es in einzelnen Stadtvierteln keinen Bedarf gibt, z. B. wenn zwischen zwei neuen Schulen eine geringe Entfernung liegt. Es müssen dann nicht beide eine Versammlungsstätte

haben, wenn durch den Einbau in einer der beiden bereits der Bedarf im Stadtviertel gedeckt ist. Diese Bedarfsprüfung wollen wir künftig vornehmen.

Herr Lechner, aus unserer Sicht ist das leider nur durch eine veränderte Möblierung nicht so einfach zu erreichen, wie Sie annehmen. Die Zukunft liegt im Ganztag. Wir wollen daher unsere Mensen mit mehr Aufenthaltsqualität für die Schülerinnen und Schüler ausstatten. Es ist eine Ausstattung mit Loungemöbeln geplant, die teilweise schwer und fest mit Raumtrennern verbunden sind. Diese Möbel sollen auch in den Mensen platziert werden. Allein dadurch könnten sie als Versammlungsstätten nicht mehr genutzt werden. Sie hätten auch nicht mehr die gleiche Kapazität wie eine klassische Kantinenmensa, in der nur Tische und Stühle stehen.

Wir bauen die Schulen für die Kinder, die dort knapp 220 Tage sind und dort die beste Aufenthaltsqualität haben müssen. Deswegen muss tatsächlich die außerschulische Nutzung etwas zurückstehen. Das gilt nur für künftige Projekte, die noch keinen Planungsstand erreicht haben. Hierzu gehört ein Teil des 3. Schulbauprogramms. Bei allen anderen Projekten, die einen Planungsstand haben, wäre eine Umplanung aufwendig. Sie enthalten aber noch eine Versammlungsstätte. Dadurch vergrößert sich in den nächsten Jahren die Anzahl der Versammlungsstätten.

Ich möchte auch über eine Einschätzung des zentralen Immobilienmanagements berichten, die einen Überblick haben, wie oft die Räume außerschulisch genutzt werden. Teilweise sei die Vermietung dieser Räume mau. Wir haben Versammlungsstätten, die nur sehr selten genutzt werden. Es ist daher eine sinnvolle Anpassung an den Bedarf in Zeiten der Haushaltskonsolidierung, wenn man eine Bedarfsprüfung vornimmt und nicht von vornherein alle mit einer Versammlungsstätte ausstattet.

Sie haben drei Priorisierungen beantragt, auf die ich kurz eingehen möchte. Zum Pestalozzi-Gymnasium ist eine kleine Korrektur erforderlich. Es ist nicht das einzige Gymnasium mit einem musischen Zweig. Es gibt das Städtische Luisengymnasium ... - (Unruhe - Zwischenrufe) - Ja, als Begründung wird aufgeführt, es sei das einzige musische Gymnasium. - (Unruhe - Zwischenrufe) - Was heißt einziges musisches Gymnasium? - (Anhaltende Unruhe - Zwischenrufe) - Ich möchte darauf hinweisen, dass es zum Beispiel am Städtischen Luisengymnasium einen musischen Zweig gibt, der gewählt werden kann. Gut, es ist das einzige rein musische Gymnasium.

Wir sollten nicht darüber diskutieren, was das jetzt genau bedeutet, sondern schauen, wie wir das Ziel erreichen. Im April hat eine Besprechung an der Schule stattgefunden, in der vereinbart

worden ist, dass im nächsten Jahr nach den Abiturprüfungen der gewünschte Aufzug eingebaut wird. Ein früherer Einbau war von der Schule nicht gewünscht, weil der Schulbetrieb nicht gestört werden sollte. Baumaßnahmen im laufenden Schulbetrieb sind von den Schulen nicht gewünscht, daher steht nur ein sehr kurzes Zeitfenster zur Verfügung. Auf diese Vorgehensweise hat man sich mit der Schule geeinigt.

Für eine Aufnahme in das nächste Schulbauprogramm ist es noch zu früh, weil dies ein sehr komplizierter Innenstadtstandort ist, bei dem eine Kapazitätserweiterung schwierig ist. Man kann nicht einfach noch einmal einen Neubau daneben stellen. Das Grundstück ist eng bebaut. Es sind einige Bäume auf dem Grundstück. Eine etwaige Aufstockung ist sehr aufwendig. Wir arbeiten daran, aber wir sind noch nicht so weit, dass eine Aufnahme in das nächste Schulbauprogramm möglich wäre. Das Geld ist leider auch für die anderen beiden Projekte.

Wir würden Sie gerne im Herbst mit dem 4. Schulbauprogramm befassen. Voraussetzung hierfür ist aber, dass wir eine qualifizierte Kostenschätzung für die einzelnen Projekte haben, sonst macht es keinen Sinn, in die weitere Planung einzusteigen. Angesichts der aktuellen Haushaltssituation ist es sinnvoller, in kleineren Tranchen vorzugehen, als einen großen Beschluss mit z. B. 30 neuen Projekten aufzulegen.

Deshalb werden wir Sie im Herbst mit einem neuen Schulbauprogramm befassen und dann jährlich mit weiteren Projekten. In den Folgejahren sind die beiden Projekte in der Ernst-Reuter-Straße und der Flurstraße sicherlich ebenfalls dabei. Wir sehen den Bedarf dort, sind aber in der Planung noch nicht so weit, dass wir sie im Herbst ins 4. Schulbauprogramm aufnehmen können.

StR Mehling:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich habe eine Nachfrage zum Pestalozzi-Gymnasium: Nach meinem Kenntnisstand, der mag veraltet sein, muss das Pestalozzi-Gymnasium ab dem Jahr 2023 zu einem dreizügigen Aufbau zurückkehren, weil Räume fehlen. Gilt dieser Sachstand noch? Oder gibt es bezüglich der Räumlichkeiten eine Übergangslösung?

StSchR Kraus:

Herr Mehling, vielen Dank für die Nachfrage. Wie gesagt, das Pestalozzi-Gymnasium hat eine extreme Innenstadtlage und sehr beengte Raumverhältnisse. Durch die Baumaßnahme werden weitere Flächen benötigt, weil der Aufzug an das Gebäude angebaut werden muss. Ich habe dazu keine anderen Erkenntnisse als Sie.

OB Reiter:

Ich danke der CSU für ihre Pressemitteilung. Die Rückseite ist leer, die kann ich für Notizen nutzen. Auf der Vorderseite steht die übliche Semantik einer Opposition. Lediglich den ersten Satz möchte ich richtig stellen:

„Das deutschlandweit größte kommunale Bildungsbauprogramm wird zur Hängepartie.“

Meine Damen und Herren, Nein! Es wird strukturiert fortgesetzt und mit einem Milliardeneinsatz aus Steuermitteln finanziert! Das machen nur wir in Deutschland, nur wir in München. Man kann hierbei nicht von Sparen sprechen. Wir müssten das sonst auch bei künftigen Projekten machen, wenn sie nur knapp 3 Mrd. € kosten. Fakt ist, wir setzen das Thema Schulbau strukturiert fort. Klar ist, es kann immer einmal das ein oder andere geben, das situativ wichtiger ist.

Verwundert war ich über die Berichterstattung zur Baierbrunner Straße. Fakt ist, es ist keine „Schimmelschule“. Es wird ein einziges Zimmer saniert, das längst versperrt ist. Alle anderen Zimmer sind ganz normal in Betrieb. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste) - Ich hatte gestern die Klasse 4c der Baierbrunner Straße zu Besuch. Ich habe sie gefragt, ob sie mit der Ausstattung und ihrer Schule zufrieden sind. Es kam ein klares Ja von allen anwesenden Kindern und Lehrkräften. So viel zur Berichterstattung und wie man Themen zuspitzen kann, wenn man möchte.

Natürlich wird es immer die eine oder andere Schule geben, in der Räume saniert werden müssen. Deswegen geben wir vorerst knapp 3 Mrd. € in den nächsten Jahren aus, um diese Schulen zu sanieren. Das möchte ich mir durch nichts auf der Welt schlecht reden lassen. Danke schön.
- (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Der Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI, FDP - BAYERNPARTEI und CSU mit FREIE WÄHLER **abgelehnt**.

Die Ziffern 1.2, 1.3.1, 1.3.2, 2 und 9 des Antrages des Referenten werden gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER **beschlossen**.

Ziffer 10.1 des Antrages des Referenten wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP - BAYERNPARTEI **beschlossen**.

Ziffer 10.3 des Antrages des Referenten wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP - BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI **beschlossen**.

Die Ziffern 12.2 und 12.3 des Antrages des Referenten werden gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und DIE LINKE./Die PARTEI **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag des Referenten **einstimmig beschlossen**.

Verwaltung fit für mobiles und hybrides Arbeiten

Aktensammlung Seite 3355

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 10:58 Uhr. -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 18. Mai 2022

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll